

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

## **Öffnungs-Strategie für den Tourismus – sicheren Urlaub ermöglichen**

Die Corona-Pandemie hat schwerwiegende Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Zahlreiche Unternehmen bangen um ihre Existenz, da der Umsatz im März und April 2020 stark eingebrochen ist. Dies betrifft fast alle Branchen. Die Tourismusbranche trifft es dabei besonders hart. Als eine der ersten Branchen bekam sie die Auswirkungen der Pandemie zu spüren und wird diese vermutlich auch am längsten spüren. Bedingt durch die weltweite Reisewarnung und die Untersagung touristischer Aktivitäten ist der Umsatz auf null eingebrochen und Kundengelder der letzten sechs Monate mussten für stornierte Reisen zurückgezahlt werden. Während andere Unternehmen ihre Geschäfte zwischenzeitlich über den Online-Handel notdürftig aufbessern konnten und mittlerweile wieder eingeschränkt öffnen können, liegt die Reisewirtschaft nach wie vor gezwungenermaßen still.

Die Maßnahmen waren und sind richtig, um die Gesundheit der Bürger zu schützen und eine Ausbreitung zu verlangsamen. Es kann jedoch bis zu zwei Jahre oder länger dauern, bis ein wirksamer Impfstoff gegen das Corona-Virus gefunden und in ausreichender Menge hergestellt worden ist - ein Zeitraum, den selbst die finanzstärksten Unternehmen nicht überstehen könnten. Die Folgen einer Stilllegung des Tourismus über solch einen langen Zeitraum sind bereits jetzt katastrophal.

Wir brauchen daher eine realistische Öffnungsstrategie, die Planungssicherheit für das wirtschaftliche und soziale Leben schafft. Wir brauchen eine Öffnungsstrategie, die den Unternehmern der deutschen Tourismusbranche eine Perspektive aufzeigt. In allen Bereichen, in denen alternative Schutzmaßnahmen möglich sind, um die Ausbreitung des Corona-Virus zu verhindern, muss auch Tourismus wieder möglich sein.

Entscheidend bleibt für uns Freie Demokraten die Gesundheit der Bürger. Lockerungen im Tourismus, die die Verbreitung des Corona-Virus zur Folge hätten, wären in einer Situation ohne Impfstoff verantwortungslos und dürfen deshalb nicht erfolgen. Jede Maßnahme, die umgesetzt wird, muss engmaschig beobachtet werden und zurückgenommen werden, sofern sich die Situation verschlimmert.

Die Schutzmaßnahmen müssen deshalb situativ und differenziert angepasst werden. Als Maßstab dafür können nur wissenschaftliche Kennzahlen dienen. Insbesondere die Basisreproduktionszahl, die Zahl der akut Erkrankten sowie

die Belegungsquote der Intensivbetten erscheinen als wichtige Kennzahlen. Eine Basisreproduktionszahl über eins und damit verbunden ein exponentielles Wachstum gilt es unbedingt zu vermeiden. Auch eine hohe Auslastung der Intensivbetten muss bestmöglich vermieden werden, um eine Triage-Situation zu vermeiden. Wenn sich Bedingungen verschlechtern, müssen die Schutzmaßnahmen wieder verschärft werden. Umgekehrt kann die Entwicklung neuer Medikamente und Impfstoffe schnellere Lockerungen erlauben.

Wir Freie Demokraten lehnen weiterhin willkürliche und unbegründete Grenzen wie die 800m<sup>2</sup>-Grenze für Geschäftsöffnungen ab. Insbesondere Verbote und Einschränkungen müssen gut gerechtfertigt werden. Wo dies möglich ist, sollen Verbote durch Sicherheitsmaßnahmen ersetzt werden. Sicherheitsabstände und Hygienemaßnahmen dienen bereits als Alternativen zu Betriebsschließungen in der Tourismusbranche und sollten weiter gelockert werden. Restaurantöffnungen sind bereits unter bestimmten Auflagen wie zum Beispiel das Einhalten von Abständen zwischen Tischen sowie der Maskenpflicht innerhalb von Räumlichkeiten teilweise eröffnet, jedoch scheint es für einige Restaurants weiterhin nicht wirtschaftlich, unter den strengen Auflagen zu öffnen und gleichzeitig Wirtschaftlichkeit zu garantieren. Ebenso sollte alle Strände wieder touristisch nutzbar sein, wenn diese in Parzellen aufgeteilt werden, um den Sicherheitsabstand zu wahren. Letztlich ist es Aufgabe von Politik und Wirtschaft, kreative Schutzkonzepte zu entwickeln sowie zu ermöglichen und diese verständlich sowie zugänglich für jedermann zu machen. Verbote müssen nur da erfolgen, wo andere Maßnahmen nicht zweckmäßig sind, um die Gesundheit der Bürger zu schützen. Außerdem müssen sie flexibel und regional differenzierbar sein. Für stärker betroffene Regionen müssen strengere Auflagen gelten als für weniger stark betroffene Regionen. Nur dann, wenn die Anzahl der Verbote so gering wie nötig ist, ist ein langfristiges Durchhalten innerhalb der Tourismusbranche sowie branchenübergreifend möglich.

Der Tourismus ist einer der größten Wirtschaftsfaktoren Deutschlands. Aktuell jedoch ist er einer der am stärksten von der Corona-Pandemie betroffenen Wirtschaftszweige. Denn im Gegensatz zu vielen anderen Branchen hat er aktuell kein Produkt, mit dem er Umsatz generieren könnte. Um den Tourismus zu retten, ist es daher politische Aufgabe, dem Tourismus wirtschaftliche Betätigung zu ermöglichen. Wir Freien Demokraten setzen uns deshalb dafür ein, sichere Urlaubsoptionen zu schaffen. Denn auch die Bürger, die sich auf ihren Jahresurlaub und die damit verbundene Erholung gefreut haben, sollten nicht enttäuscht werden. Auch, wenn Langstreckenreisen und Großveranstaltungen vermutlich noch sehr lange nicht durchführbar sein werden, so gibt es Tourismusbereiche, die schon kurzfristig wieder sicher durchführbar sein könnten. Dabei ist jedoch die individuelle Sicherheitslage ausschlaggebender Faktor. Kleinere Angebote gehen vor größeren Angeboten, nationale vor internationale Maßnahmen und Freiluftangebote vor Angeboten in geschlossenen Räumen.

So war es möglich, Campingplätze und Wohnmobilstellplätze unter entsprechenden Auflagen zu öffnen, da dort eine Ansteckungsgefahr weitgehend vermieden werden kann. Auch ein nationaler Tourismus wie zum Beispiel an der Nord- und Ostsee sowie die Öffnung von Hotels und Ferienwohnungen noch in diesem Sommer müssen weiterhin geprüft und entsprechend diskutiert werden, um möglichst viele Urlaubsreisen zu ermöglichen. Damit verbunden braucht es eine Planung, ab wann Gaststätten, Cafés, Kneipen und Unterhaltungsangebote wieder unter normalen Umständen öffnen können.

Letztlich ist den Menschen wichtig, Planungssicherheit und Vertrauen in die Sicherheit ihrer Gesundheit zu erhalten. Die Nennung von Datumsangaben für vollständige Öffnungsschritte ist angesichts der dynamischen Lage schwierig, da Entscheidungen stets basierend auf der aktuellen Sicherheitslage getroffen werden müssen. Dennoch ist es Aufgabe der Politik, transparente und verlässliche Kriterien zu setzen, ab welchen Kennzahlwerten welche Lockerungen erfolgen können, sodass Verbraucher und Unternehmen sich darauf einstellen können. Es ist außerdem unsere Verantwortung, wirtschaftliche Betätigungsfelder aufzuzeigen und zu ermöglichen. All das passiert in dem Bewusstsein und der Verantwortung, dass die Gesundheit der Bevölkerung geschützt und ein funktionierendes Gesundheitswesens aufrecht gehalten werden muss. Dafür braucht es eine Arbeitsgruppe "Tourismuskonzept Corona", in der Politik, Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam und stetig Wege für sicheren Tourismus erarbeiten.

Ansprechpartner:  
Roman Müller-Böhm MdB, Mitglied der FDP-Fraktion im Ausschuss für Tourismus  
Telefon: 030 227 - 75393 – E-Mail: roman.mueller-boehm@bundestag.de